



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 146. Ratssitzung vom 25. Juni 2025

4764. 2025/62

Weisung vom 26.02.2025:

Sozialdepartement, Verein ELCH für Eltere und Chind, Beiträge ab 2027

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für den Betrieb der ELCH Familienzentren wird dem Verein ELCH für Eltere und Chind ab dem Jahr 2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 2 326 000.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 1 792 000.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 534 000.–.
2. Der Betriebsbeitrag von Fr. 1 792 000.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. In die Bewilligung des Erlasses der Kostenmiete sind zukünftige Anpassungen eingeschlossen, die sich lediglich aufgrund einer Änderung des stadtinternen Verrechnungsmodells ergeben und nicht durch einen höheren Flächenbedarf der Subventionsnehmerin ausgelöst werden.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Ruedi Schneider (SP): Mit dieser Weisung wird den Stimmberechtigten eine neue wiederkehrende Ausgabe von jährlich 2,326 Millionen Franken beantragt. Wegen der Beitragshöhe von über 2 Millionen Franken fällt dieses Geschäft in die Kompetenz der Stimmbevölkerung: Es wird zu einer Volksabstimmung kommen. Der Verein ELCH für Eltere und Chind (ELCH) ist seit mehr als 25 Jahren Partner der Stadt Zürich im Bereich der frühen Kindheit. Im aktuellen Leistungsauftrag erhält der Verein jährlich 1,97 Millionen Franken. Ab dem Jahr 2027 ist neu ein Beitrag von 2,326 Millionen Franken vorgesehen, der sich aus 1,79 Millionen Franken Betriebsbeitrag und 534 000 Franken Erlass der Kostenmiete zusammensetzt. Der Betriebsbeitrag soll jährlich der Teuerung angeglichen werden. Der Verein betreibt aktuell fünf Familienzentren in Zürich-Nord mit Standorten in den Kreisen 10 und 12. In der Region leben laut Sozialraumanalyse viele mehrfach belastete Familien mit Kindern im Vorschulalter. Es gibt überdurchschnittlich viele Familien mit geringen Einkommen, eine hohe Jugendquote und der Anteil alleinerziehender Elternteile ist hoch. Die intensive Bautätigkeit führt zu einer Wohnunsicherheit



und bringt Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung mit sich. Der Verein ELCH trägt zur Verankerung von jungen Eltern im Quartier bei, fördert das soziale Netz und bietet Kindern Raum zum Spielen, Lernen und zur freien Entfaltung – unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft. Die Familienzentren des Vereins ELCH sind ohne Anmeldung frei zugänglich. Das Angebot umfasst drei Hauptsäulen: Begegnung, Beratung und Bildung. Begegnungsmöglichkeiten schaffen die Treffpunkte mit niederschwelligem Zugang. Sie bilden einen Raum für das soziale Netz und die Integration in die Quartiere. Der Verein bietet Kurzberatungen zu Themen wie Gesundheit, Erziehung und Partnerschaft an. Der Verein kann Belastungssituationen durch die Niederschwelligkeit frühzeitig erkennen und eine Brücke zu anderen Fachstellen schlagen. Im Bildungsbereich gibt es Eltern-Kind-Kurse, Sprachförderung und Kurse im Bereich Bewegung und Kreativität. Hinzu kommen Raumvermietungen und weitere Angebote. Alles wird von rund 140 Mitarbeitenden verteilt auf 20 Vollzeitstellen getragen. Die Mitarbeitenden sind vielfach selbst aus dem Quartier und bringen eine wichtige kulturelle Nähe und Vertrauensbasis mit. Die beantragte Erhöhung basiert im Wesentlichen auf drei Punkten. Erstens soll der Mindestlohn, den die Bevölkerung mit über 70 Prozent Ja-Stimmen angenommen hat, auch für die subventionierte Trägerschaft gelten. Diese Umsetzung kostet rund 186 000 Franken pro Jahr. Zweitens soll ein Angebotsausbau erfolgen: Eltern-Kind-Kurse sollen aufgrund der Nachfrage erweitert, die Öffnungszeiten in den Zentren verlängert und neue Formate geschaffen werden. Drittens soll es strukturelle Verbesserungen geben. Die Koordination soll verbessert, mit der wachsenden Nachfrage professionell umgegangen und in die Digitalisierung investiert werden. Die Angebote des Vereins werden stark nachgefragt. Über 90 000 Besucher*innen konnten im letzten Jahr begrüsst werden. Es gab über 1500 Supportkontakte und 33 000 Teilnehmende an Kursen und Veranstaltungen. Die Kommission setzte sich intensiv mit dem Geschäft auseinander. Dabei wurde diskutiert, dass sich das Angebot auf Zürich-Nord beschränkt und sich eine Expansion in andere Kreise nicht anbietet, da der Verein dort verwurzelt ist und dasselbe Angebot in anderen Stadtteilen durch andere Anbieter abgedeckt wird. Der Verein ist am richtigen Ort präsent. Ebenfalls wurden die Prognosen zur Angebotsnachfrage diskutiert. Das Sozialdepartement rechnet mittel- bis langfristig mit einer steigenden Nachfrage, weil in Zürich-Nord mit einem Wachstum der Zielgruppe gerechnet wird.

Kommissionsminderheit/-mehrheit Rückweisungsantrag / Schlussabstimmung:

Ronny Siev (GLP): Bei unserer Rückweisung geht es um die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative. Mit dieser Weisung verliert unser Parlament die Aufsicht über den Verein ELCH. Die Angebote im Bereich Betreuung, Beratung, Begegnung und Bildung von Familien sind extrem wichtig. Es geht um Kinder, Familien, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das gesellschaftliche Leben in Zürich-Nord. Es kann nicht sein, dass diese Aufgaben dem Stadtrat übertragen werden und wir uns unsere Hände selbst binden. Sollte es mit ELCH in die falsche Richtung gehen, haben wir als Parlament keine Handhabung mehr. Das könnte negative Folgen für die Familien und Kinder und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zürich-Nord haben. Wir wissen nicht, wer nächstes Jahr das Sozialdepartement übernehmen und ob diese Person ebenso umsichtig wie STR Raphael Golta agieren wird. Wird diese Weisung nicht zurückgezogen,



sind wir auf den «Goodwill» der oder des neuen Sozialvorstehenden angewiesen. Diesen Zustand unterstützt die GLP nicht, das ist der Grund für unsere Rückweisung. Anscheinend unterstützen die meisten Parteien die Rückweisung nicht. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. Bei den linken Parteien ist klar, dass sie alles abnicken, was von ihrem Stadtrat kommt, doch bei der FDP und Die Mitte können wir es nicht verstehen.

Ruedi Schneider (SP): Die Kommissionsmehrheit unterstützt die Weisung klar. Sie erachtet das Leistungsangebot des Vereins ELCH als sozialpolitisch wertvoll, fachlich begründet und finanziell tragbar. Die Weisung schafft Stabilität, Planungssicherheit und sichert zugleich faire Arbeitsbedingungen. Im Namen der Mehrheit bitte ich Sie, der Weisung zuzustimmen und den Weg für eine breite, verlässliche und fair finanzierte Unterstützungsstruktur im Bereich der frühen Kindheit für Zürich-Nord zu ebnen. Zum Rückweisungsantrag: Aufgrund des wiederkehrenden Beitrags über 2 Millionen Franken kommt es gemäss Gemeindeordnung (GO) zu einer Volksabstimmung. Der Gemeinderat wird entsprechend nicht über eine weitere Kontraktperiode beraten. Sofern das Volk zustimmt, hat der Stadtrat künftig die Kompetenz, die Unterstützung des Vereins ELCH in einem bewilligten Rahmen weiterzuführen. Daran stört sich eine Minderheit der Kommission. Diese möchte am Verein ELCH aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen ein Exempel statuieren, das nichts mit dieser Weisung zu tun hat. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass es eine Debatte über die rechtlichen Rahmenbedingungen in der GO bräuchte, um die angebrachte Kritik zielgerichtet anzubringen. Diese Weisung zu blockieren, weil der Mechanismus nicht passt, ist sachfremd und bringt nichts. Leidtragend wären der Verein ELCH und die Familien in Zürich-Nord. Mit der Annahme durch die Stimmbevölkerung läuft der Vertrag weiterhin in einem Vierjahreszyklus, der an klare Bedingungen geknüpft ist. Aufgrund der Nutzungszahlen und Prognosen kann nach diesen vier Jahren ein neuer Kontrakt gemacht werden. Eine mögliche Reduktion oder Erhöhung des Beitrags liegt dann in einem vorgegebenen Rahmen gemäss gesetzlicher Grundlage in der Kompetenz des Stadtrats. Die Kontrolle ist gewährleistet und die Kompetenz klar. Es hätte keine Rückweisung, sondern ein Postulat gebraucht, das eine Berichterstattung fordert. So hätte sich die Kommission des Gemeinderats vor der nächsten Kontraktperiode wieder mit dem Verein auseinandersetzen können. Trotz Hinweisen hat sich die Minderheit anscheinend gegen diesen Weg entschieden. Eine Rückweisung verzögert eine bewährte Unterstützungsstruktur für Familien, die Mindestlohnsetzung wäre aufgeschoben und die Planungssicherheit für den Verein und seine Angebote nicht mehr vorhanden. Das ist politisch unnötig und sozial verantwortungslos. Die Mehrheit der Kommission lehnt den Rückweisungsantrag deshalb ab.

Änderungsantrag zu den Dispositivziffern 1–2:

Michele Romagnolo (SVP): Es gilt zu betonen, dass das ein Änderungs- und kein Ablehnungsantrag ist. Der beantragten Mehrleistung in der Höhe von 355 500 Franken ab dem Jahr 2027 für den Verein ELCH stimmen wir nicht zu. Gegen den Verein ELCH sind wir nicht, denn er leistet wichtige Arbeit für Familien und Kinder im Vorschulalter. Die Förderung solcher Angebote halten wir grundsätzlich für sinnvoll. Allerdings lehnen wir die Erhöhung der Leistungen ab, da die Mehrleistungen nicht verhältnismässig sind.



Wir unterstützen die bisherigen Leistungen von 1,9705 Millionen Franken auch ab dem Jahr 2027. Ohne genaue Zahlen lässt sich keine Mehrleistung prognostizieren.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verballi (FDP): Der Verein ELCH leistet mit seinen 5 Familienzentren seit Jahrzehnten einen wertvollen Beitrag zur frühkindlichen Förderung und sozialen Integration – besonders im Quartier Zürich-Nord. Die geplante Erhöhung des Betriebsbeitrags können wir nachvollziehen. Wir haben auch ein gewisses Verständnis dafür, dass die GLP sich daran stört, dass die Beiträge für den Verein ELCH nicht mehr in der Kompetenz des Gemeinderats liegen. Trotzdem lehnt die FDP den Rückweisungsantrag ab. Es ist falsch, am Verein ELCH ein Exempel statuieren zu wollen. Wenn man die Ausgaben-grenze kritisiert und dass die Beiträge an den Verein ELCH damit vors Volk kommen, ist die Rückweisung das falsche Instrument am falschen Ort. Der Verein ELCH kann nichts dafür, dass die Ausgaben-grenze des Gemeinderats bei 2 Millionen Franken liegt. Wir verstehen nicht, wieso die GLP den Verein ELCH ins Visier nimmt, anstatt die Finanzkompetenz zu kritisieren. Den Änderungsantrag lehnen wir ab, denn die 1,9705 Millionen Franken werden in ein paar Jahren ebenfalls die Grenze von 2 Millionen Franken überschreiten. Den Betrag unter die Grenze von 2 Millionen Franken zu halten, geht nur mit Leistungsabbau. Das ist nicht in unserem Sinn. Der Weisung stimmen wir zu.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Das Angebot des Vereins ELCH leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Stadt. Die Grünen unterstützen die Weisung darum klar und lehnen die Anträge der GLP und SVP ab. Aufgrund der Niederschwelligkeit der Beratungsangebote sowie der Förderung von Integration und Vernetzung im Quartier bietet das Angebot eine extrem wichtige Unterstützung für Familien – gerade für mehrfach belastete. Das führt zu mehr Chancengerechtigkeit. Das Angebot soll sinnvoll ausgebaut, weiterentwickelt und finanziell ausreichend unterstützt werden.

Moritz Bögli (AL): Zur wichtigen und unterstützenswerten Arbeit des Vereins ELCH gibt es inhaltlich nichts hinzuzufügen. Dass die GLP von Arbeitsverweigerung spricht, finde ich polemisch. Beim Kunsthhaus, der Pestalozzi-Bibliothek und beim Schauspielhaus hatte die GLP auch kein Problem damit, die Kompetenz abzugeben. Ein Verständnis für die parlamentarischen Prozesse scheint nicht vorhanden. Die Beträge sind weiterhin motionabel und der Stadtrat muss den Gemeinderat konsultieren, wenn er die wiederkehrenden Ausgaben nur schon um 200 000 Franken erhöht. Die Kürzungen der SVP sehen wir nicht ein; das Geld wird sinnvoll verwendet. Der Weisung stimmen wir zu.

Ronny Siev (GLP): Ihr müsst uns nicht die Welt erklären. Den Änderungsantrag der SVP unterstützen wir nicht, weil wir uns nicht für eine Kürzung der Leistungen aussprechen. Uns liegt es am Herzen, dass wir weiterhin mitentscheiden können. Der Stadtrat hätte Möglichkeiten dazu gehabt. Zur Weisung werden wir uns enthalten.

Karin Stepinski (Die Mitte): Die Begegnungsorte in der frühen Kindheit sind von grosser Bedeutung. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt diese Angebote für Familien mit



5 / 7

Vorschulkindern und sozial mehrfach belastete Familien und damit die Weisung gerne. Die Nutzungszahlen belegen, dass die Familienzentren sehr beliebt sind. Wir sind aber nicht vollständig überzeugt, dass die Nutzungszahlen so stark steigen werden, wie es in der Weisung dargestellt wurde. Trotzdem sehen wir die Notwendigkeit, die Beiträge anzupassen. Jedoch wird die Die Mitte/EVP-Fraktion ein Auge darauf halten, wie sich die Bevölkerungs- und Nutzungszahlen der ELCH-Familienzentren entwickeln. Ein Überangebot im Bereich der frühen Kindheit möchten wir vermeiden. Wir sind froh, dass der Verein ELCH weiterhin Mini-Jobs anbieten wird, wo Menschen mit geringer Ausbildung, minimalen Deutschkenntnissen oder nicht anerkannten Diplomen einen niederschweligen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden. Das ermöglicht ihnen den Erwerb neuer Fähigkeiten. Ich bedaure aber, dass der Verein ELCH in Altstetten keinen Standort mehr betreiben wird. Auch dort leben viele Familien, die von einer ELCH-Beratungsstelle profitieren könnten. Dass die Gesamthöhe der Beiträge dieses Geschäfts einer Volksabstimmung unterliegen, ist der GO geschuldet. Das wird zukünftig diverse Beitragsweisungen betreffen. Der Antrag der SVP erschliesst sich mir nicht und wird von uns abgelehnt.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine neue Weisung vorzulegen, die es dem Gemeinderat wie bisher ermöglicht, in regelmässigen Vierjahresabständen über die Beiträge an den «Verein ELCH für Eltere und Chind» zu befinden.

Mehrheit:	Referat: Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Roger Föhn (EVP), Julia Hofstetter (Grüne), Hannah Locher (SP), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP)
Minderheit:	Referat: Ronny Siev (GLP); Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP)
Abwesend:	Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu den Dispositivziffern 1–2

Michele Romagnolo (SVP) beantragt folgende Änderung der Dispositivziffern 1–2:



6 / 7

1. Für den Betrieb der ELCH Familienzentren wird dem Verein ELCH für Eltere und Chind ab dem Jahr 2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 2 326 000.– Fr. 1 970 528.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 1 792 000.– Fr. 1 436 600.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 534 000.– Fr. 533 928.–.
2. Der Betriebsbeitrag von Fr. 1 792 000.– Fr. 1 436 600.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Der Rat lehnt den Antrag von Michele Romagnolo (SVP) mit 14 gegen 102 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Referat: Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Roger Föhn (EVP), Julia Hofstetter (Grüne), Hannah Locher (SP), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP)
Minderheit:	Referat: Ronny Siev (GLP); Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP)
Abwesend:	Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 14 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für den Betrieb der ELCH Familienzentren wird dem Verein ELCH für Eltere und Chind ab dem Jahr 2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 2 326 000.– bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 1 792 000.– sowie dem Erlass der Kostenmiete von Fr. 534 000.–.
2. Der Betriebsbeitrag von Fr. 1 792 000.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.



7 / 7

3. In die Bewilligung des Erlasses der Kostenmiete sind zukünftige Anpassungen eingeschlossen, die sich lediglich aufgrund einer Änderung des stadtinternen Verrechnungsmodells ergeben und nicht durch einen höheren Flächenbedarf der Subventionsnehmerin ausgelöst werden.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 2. Juli 2025 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat